

**Von Truman bis Harmel.
Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld
von NATO und europäischer Integration**

41. Internationale Tagung für Militärgeschichte des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
vom 22. bis 25. März 1999 in Potsdam

Den fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung des Nordatlantik-Vertrages nahm das MGFA zum Anlaß, seine 41. Internationale Tagung für Militärgeschichte der Entstehung und Entwicklung der NATO von 1949 bis 1967 zu widmen. Rund 100 Historikerinnen und Historiker, Offiziere, Journalisten und Zeitzeugen diskutierten die Forschungsergebnisse, die von 14 Referenten aus fast allen NATO-Staaten und der Schweiz vorgetragen wurden.

Lawrence S. Kaplan (Washington, D.C) sprach in seinem Eröffnungsvortrag über die amerikanische Reaktion auf die westeuropäische Integration von 1948 bis 1968. Er betonte die bedeutende aktive Rolle der USA für das Zusammenwachsen der westeuropäischen NATO-Staaten und arbeitete drei Motive für das Engagement in Europa heraus. Das erste, ideelle, war die Einheit Westeuropas nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Das zweite, wirtschaftliche, war der interessante Absatzmarkt Westeuropa für amerikanische Exportprodukte. Das dritte, politisch-militärische, war die Integration Westeuropas als ein Bollwerk gegen den Kommunismus. Die verschiedenen Administrationen übten Druck auf die westeuropäischen NATO-Partner aus, um die Integration zu fördern, die nicht zuletzt eine Entlastung der US-Ausgaben für diese Region gebracht hätte. Allerdings gelang es den Vereinigten Staaten nicht, die westeuropäischen NATO-Staaten gleichzeitig zu treuen Untergebenen und zu selbständig handelnden Partnern zu erziehen. Dennoch, so Kaplan, waren die USA ein Hauptakteur innerhalb der europäischen Integrationsbewegung von 1948 bis 1968 und konnten als „800-Pfund-Gorilla“ nicht übergangen werden.

Die erste Sektion unter der engagierten Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Krieger (Marburg) behandelte die Probleme der Bündnisstrategie im Nuklearzeitalter.

Dr. Bruno Thoß (Potsdam) referierte über kollektive Verteidigung und ökonomische Sicherheit und untersuchte den Einfluß dieses Spannungsfeldes auf die Verteidigungsplanungen der NATO von 1949 bis 1967. Ökonomische und militärische Sicherheit, im Nordatlantik-Vertrag noch als komplementäre Ziele formuliert, zeigten schnell ihre Unvereinbarkeit. Die Aufrüstung bedrohte den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Westeuropas, so daß innerhalb der NATO nach Lösungsmöglichkeiten gesucht wurde. Die vermeintlich kostengünstigeren neuen Waffen, die in die Verteidigungsplanungen des Bündnisses integriert wurden, brachten in letzter Konsequenz eine Verlagerung der NATO-Strategie von der konventionellen Verteidigung hin zur atomaren Abschreckung.

Eisenhowers „New Look“ initiierte eine neue Strategie der massiven nuklearen Vergeltung. Diese setzte allerdings eine erneute Kostenspirale in Gang und konterkarierte die Lastenteilung der NATO, die eines der Hauptprobleme der Allianz blieb. Zudem löste die Nuklearstrategie einen neuen Bündnisconflict um die atomare Teilhabe aus.

Oberst a.D. Dr. Klaus Maier (Freiburg) trug zur politischen Kontrolle über die amerikanischen Atomwaffen als Bündnisproblem von 1948 bis 1956 vor. Die Festlegung des Einsatzes der Atomwaffen wurde außerhalb der NATO durch die USA vorgenommen. Damit schlugen die Vereinigten Staaten zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen kamen sie ihren Bündnisverpflichtungen nach, zum anderen garantierte dieses Vorgehen eine von der Allianz unabhängige Politik. Zwar gelang es den Bündnispartnern, nicht zuletzt mit der Einrichtung der

Nuclear Planning Group, den USA eine Konsultationsverpflichtung abzurufen, jedoch überließen sie die Einsatzfrage de facto dem US-Präsidenten, in letzter Konsequenz sogar den amerikanischen NATO-Generalen.

Prof. Dr. Vojtech Mastny (Washington, D.C.) ging in seinem Vortrag auf die Betrachtung der NATO durch die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten ein. Der gut informierte Stalin reagierte auf die Gründung der Nordatlantischen Allianz mit der Errichtung eines Wirtschaftsrates (später COMECON) recht gelassen. Denn die beeindruckenden Streitkräfteziele der NATO wurden als unrealistisch eingeschätzt. Moskau fürchtete vielmehr den Beitritt Westdeutschlands in die NATO. Auch Chruschtschows Wille zur Klärung der europäischen Sicherheitsfrage ohne die USA läßt sich auf diese Furcht zurückführen. Seine Angebote an die Westmächte, so Mastny, stellten sich jedoch nach der Öffnung der osteuropäischen Archive als nicht ernst zu nehmend heraus. Sie waren vielmehr Versuche, das Atlantische Bündnis zu beschädigen. Allerdings wurde die NATO auch als erfolgreiches Modell eines Militärbündnisses angesehen. Der Warschauer Pakt konnte jedoch wegen der fehlenden demokratischen Regeln und der unüberwindbaren Dominanz der Sowjetunion dieses Vorbild nie erreichen.

Dr. Helmut Trotnow (Berlin), der über die Geschichte der Westmächte und Berlin von 1945 bis 1994 sprach, gab einen Einblick in die Umsetzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Grundlagenforschung im Alliierten Museum in Berlin. Dabei wird sowohl die politische und militärische Geschichte als auch die Alltagsgeschichte der westlichen Militärmissionen in einer großen Dauerausstellung und in verschiedenen Sonderausstellungen beleuchtet. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Westmächten und den Deutschen, speziell den Berlinern. Dieser Mikrokosmos verdeutlicht einprägsam die Auswirkungen des Kalten Krieges auf das Zusammenleben der Akteure.

Die zweite Sektion, die der Bundesrepublik und ihren Bündnispartnern gewidmet war, wurde von Dr. Beatrice Heuser (London) geleitet.

Prof. Dr. Antonio Varsori (Florenz) stellte Italien als „kleineren NATO-Partner“ in den Jahren 1954 bis 1967 vor. Daß diese Einschätzung der Rolle Italiens innerhalb der Allianz gerecht wird, lag zum einen an der Politik Roms, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und nicht die militärische Aufrüstung zu forcieren. Zum anderen, so Varsori, lag es an den Bündnispartnern, die dringlichere Probleme, wie das der westdeutschen Wiederbewaffnung, zu lösen hatten. Die USA knüpften zwar enge bilaterale Beziehungen, nahmen aber die nationalen Ziele italienischer Außenpolitik nicht sehr ernst. Italien war und blieb für Washington kein entscheidender Faktor im atlantischen Dreieck. Den verschiedenen italienischen Regierungen wiederum gelang es nicht, den Kreis der „Großen Drei“ (USA, Großbritannien und Frankreich, später Westdeutschland) aufzubrechen.

Prof. Dr. Luc De Vos und Major Jean-Michel Sterkendries (Brüssel) vertraten Belgien und Major Sterkendries trug zur Rolle Belgiens im Vergleich zum Giganten USA und Deutschland vor. Im Gegensatz zu Italien war Belgien ein stabiler NATO-Partner, dessen schneller wirtschaftlicher Wiederaufbau nach 1945, seine strategische Lage im Herzen Westeuropas und nicht zuletzt seine Uranminen in Belgisch-Kongo für die USA interessant waren. Zahlreiche belgische Politiker wie Paul-Henri Spaak, Paul van Zeeland oder Pierre Harmel engagierten sich zudem für eine Integration Westeuropas, setzten sich aber auch für eine Gleichbehandlung der „kleineren Staaten“ innerhalb der Atlantischen Allianz ein. Diese Ziele sollten durch eine Vermittlerrolle Belgiens erreicht werden. Während die Vermittlungsbemühungen zwischen den USA und Frankreich scheiterten, waren sie im Falle der Hauptquartierfrage nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der Militärorganisation erfolgreicher. Den Höhepunkt belgischer Allianzpolitik stellte der Harmel-Bericht von 1967 dar, der langfristig gesehen die Lösung des Kalten Krieges bringen sollte. Belgien stimmte wenige Jahre später konsequent auch der neuen Ostpolitik Willy Brandts zu, welche mit den christlichen Idealen eines Pierre Harmel korrespondierte.

Prof. Dr. Paul Létourneau (Montreal) trug seine Forschungsergebnisse über den kanadischen Beitrag zum Entstehen der Nordatlantischen Allianz von 1947 bis 1949 vor. Dabei betonte er die Bedeutung des kanadischen Artikels II des Washingtoner Vertrages, der die Kooperation in den nicht-militärischen Bereichen forderte und damit die NATO als mehr als ein reines Verteidigungsbündnis definierte. Vor allem Louis St. Laurent, Lester B. Pearson und Escott Reid stellten ihre politische Arbeit in den Dienst der Atlantischen Gemeinschaft. Ihre Vorstellungen einer Föderation oder eines Staatenbundes ließen sich jedoch nicht durchsetzen. Innerhalb der NATO blieb zumindest das kanadische Erbe, die verstärkte politische und militärische Zusammenarbeit, die Konsultationspflicht sowie das Prinzip der Gegenseitigkeit, wirksam. Diese Bündnisgrundsätze führten in den folgenden Jahren zu einer Gemeinschaft gleichberechtigter Partnerstaaten. Der „demokratische Faktor“, der eines der Erfolgsrezepte des Bündnisses war und ist, muß demnach dem kanadischen Einfluß zugeschrieben werden.

Die dritte Sektion unter Leitung von Prof. Dr. Reiner Pommerin (Dresden) untersuchte die Frage der Sicherheitsbefriedigung durch Integration und schlug den Bogen von der militärischen Sicherheit und wirtschaftlichen Stabilität zur politischen und wirtschaftlichen Integration Westeuropas.

Prof. Dr. Alan Milward (Florenz) referierte über die Europäischen Gemeinschaften, Großbritannien und die NATO von 1950 bis 1963. Die militärische Aufrüstung, so Milward, gefährdete ab 1950/51 den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Westeuropas und die ersten Ansätze einer westeuropäischen Integration. Ein Interessenausgleich kam nicht zustande, da es nicht gelang, die NATO und die Europäischen Gemeinschaften durch die EVG formal zu verbinden. Zumindest stellte die Trennung zwischen dem militärischen Bündnis und den europäischen Gemeinschaften sicher, daß die Aufrüstung keine Konkurrenz mehr für den wirtschaftlichen Aufstieg Westeuropas durch Integration war. Großbritannien war nicht nur in den Anfangsjahren der NATO ein wichtiger Bündnispartner, sondern stand auch der Montanunion und dem EVG-Projekt näher als bisher angenommen. Der Versuch Macmillans, Großbritannien ab 1959 in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu führen, lief auf einen erneuten Versuch hinaus, die Weltwirtschaft und Sicherheit zu verknüpfen. Doch das Angebot an Frankreich, eine Kommando-Teilhabe innerhalb der NATO zu erlangen und darüber hinaus eine Zusammenarbeit im atomaren Bereich zu erzielen, führte zu keinem Erfolg. Die militärische Sicherheit innerhalb der europäischen Gemeinschaften wurde kein Komplement zur wirtschaftlichen Stabilität.

Dr. Saki Dockrill (London) sprach über die Politik der Lastenteilung am Beispiel des Radford-Planes 1956. Sie untersuchte dabei vorrangig den Streit zwischen den USA und den westeuropäischen Staaten um einen angemessenen Verteidigungsbeitrag, der sich durch die gesamte Bündnisgeschichte zieht. Trotz der Atomstrategie und den deutschen Streitkräften zogen die USA keine Truppenverbände aus Westeuropa ab, obwohl dies erklärte Absicht Präsident Eisenhowers war. Bereits 1953 ließ er mit dem Radford-Plan Einsparungsmöglichkeiten prüfen, um damit die strategische Luftflotte ausbauen zu können. Die ungewollte Veröffentlichung dieser internen Studie durch die New York Times löste einen Sturm der Entrüstung in Westeuropa aus. Vor allem in Westdeutschland kam es zu innenpolitischen Grabenkämpfen über die NATO-Strategie und deren Auswirkungen auf das bundesdeutsche Gebiet, die zu einer Reduzierung der Streitkräfteplanungen führten. Die Vereinigten Staaten sahen schließlich auch deswegen keine Möglichkeit für eine Truppenreduzierung in Westeuropa. Die Lastenteilung zwischen den USA und den westeuropäischen NATO-Partnern blieb weiterhin ein ungelöstes Problem.

Major Helmut Hammerich (Potsdam) stellte erste Forschungsergebnisse über die für die Entwicklung der NATO wohl wichtigste Arbeitsgruppe, das Temporary Council Committee, vor. Dieser hochrangig besetzte Ausschuß sollte der Geburtshelfer der Nordatlantischen Allianz werden, da er neben seiner eigentlichen Aufgabe, die militärischen Forderungen mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten der NATO-Staaten in Einklang zu bringen, auch eine

Reorganisation der zivilen Bündnisstrukturen vorbereitete. Während der Ratstagung in Lissabon 1952 wurden die Empfehlungen angenommen und zeigten in den folgenden Jahren Wirkung. Die NATO vollzog den Schritt zu einer funktionierenden multinationalen Organisation. Die vom TCC gefundenen Kompromisse wiesen den Weg in eine verbesserte Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich auf der Ebene der Gleichberechtigung. Die Dominanz der USA konnte so durch die west europäischen Bündnispartner zumindest eingeschränkt werden.

Die vierte Sektion, die sich mit der bündnisinternen Kooperation und den Bündniskonflikten beschäftigte, wurde von Oberst Dr. Hans-Joachim Harder (Potsdam) geleitet.

Dr. Gregory Pedlow (Mons/Belgien) führte in die ersten Jahre der Allianz und erläuterte die Entwicklung der militärischen Organisation der NATO bis 1956. Parallel zur zivilen Organisation, die 1952 in ihren Grundzügen abgeschlossen werden konnte, entwickelte sich die militärische Organisation in den jeweiligen Regionen recht unterschiedlich. Zwar wurden die Weichen einer integrierten Kommandostruktur bereits 1950 gestellt, jedoch verhinderten nationale Interessen, alte Rivalitäten und nicht zuletzt persönliche Animositäten zwischen ranghohen Militärs eine militärisch sinnvolle Lösung. Am Beispiel der Einrichtung des SACLANT und des CINCSOUTH verdeutlichte Pedlow diese internen Konflikte. Hart erkämpfte Bündniskompromisse, die in erster Linie dem politischen Frieden innerhalb der Allianz geschuldet waren, brachten bis 1954 eine Kommandostruktur, die in vielen Fällen erst durch das persönliche Engagement der Inhaber dieser Dienstposten funktionstüchtig wurde.

Oberstleutnant Dr. Winfried Heinemann (Bonn) referierte über die politische Zusammenarbeit im Bündnis an den Beispielen Triest, Island und den „Drei Weisen“ von 1956. Während sich in der Triest-Frage der Mangel an gegenseitiger Konsultation innerhalb der Allianz zeigte, bewährten sich im Falle Islands die Fähigkeiten der Allianz zu einer wirkungsvollen politischen Zusammenarbeit. 1956 forderte das isländische Parlament unter kommunistischer Regierungsbeteiligung den Abzug der US-Truppen. Allianzinterner Druck, angeführt von den USA, die sich ihrer Stützpunktrechte beraubt sah, und klassisch-bilaterale Diplomatie entschärften eine Krise, die den Zusammenhalt der Allianz durch die Schaffung eines Präzedenzfalles hätte gefährden können. Zur Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation innerhalb der NATO sollte ein hochrangiges Gremium im Mai 1956 Empfehlungen erarbeiten. Drei Außenminister, Halvard Lange, Lester B. Pearson und Gaetano Martino, schlugen auch angesichts der Suez-Krise einen ständigen Austausch politischer Informationen und Sichtweisen vor. Sie verwiesen zudem auf die bereits bestehenden Konsultationsmechanismen, die nur konsequente Anwendung finden müßten. Die NATO hatte durch „trial and error“ das richtige Maß an politischer Zusammenarbeit gefunden. Damit war sie weit mehr als nur ein reines Verteidigungsbündnis.

Prof. Dr. Georges-Henri Soutou (Paris) sprach über den Rücktritt Frankreichs aus den integrierten Kommandostrukturen der NATO im Jahre 1966. Die wohl schwerste Allianzkrise erklärte Soutou im Gegensatz zu bisherigen Ansätzen der französischen Geschichtswissenschaft damit, daß de Gaulle mit dem Rückzug mehr erreichen wollte, als nur die Bündnisstrukturen zu zerstören. Er wollte die Nordatlantische Allianz abschaffen, um eine neue Sicherheitsstruktur in Europa aufbauen zu können. Mit dem Herausziehen der französischen Mittelmeerflotte aus der integrierten Kommandostruktur 1959 begann der französische Rückzug aus der NATO. Westdeutschland profitierte davon. Neben der Besetzung des CINCENT mit einem deutschen General wurde der alten deutschen Forderung nach einer Nuklearen Planungsgruppe entsprochen. Die Bundesrepublik übernahm nach dem Scheitern der Europapolitik de Gaulles zunehmend die entscheidende Rolle in West Europa. Die NATO ging ebenfalls gestärkt aus dieser Krise hervor, da das ständige „französische Problem“ gelöst war.

Dr. Mauro Mantovani (Davos) trug zum Thema „Die Schweiz und die NATO“ vor und erläuterte die „Nicht-Beziehung“ eines neutralen Staates mit dem Bündnis. Die politischen,

wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zum Westen erschwerten eine Neutralitätspolitik, die im Kriegsfall nur in enger Abstimmung mit den NATO-Staaten durchzusetzen gewesen wäre. Offiziell gab es keine Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Bündnis, doch allein durch die Ausrüstung der schweizerischen Armee mit britischem und französischem Material entstanden Kontakte im militärischen Bereich. Dem britischen Feldmarschall Montgomery gelang es 1952 sogar, eine Anpassung der schweizerischen Verteidigungsplanungen an die NATO-Planungen zu bewirken. Dieser „Bilateralismus“, vor allem innerhalb der OEEC, führte auch zu engen Kontakten zu anderen NATO-Staaten. Allerdings mußte die Schweiz feststellen, daß zum Beispiel im Bereich der NATO-Luftverteidigungskonzepte über die Neutralität hinweggegangen wurde. Der Luftraum über der Schweiz wurde nämlich aufgeteilt, ohne die schweizerische Luftwaffe zu berücksichtigen. Die offenen Fragen der Hoheitsrechte, der politischen und militärischen Zusammenarbeit im Kriegsfall wurden immer wieder in die Zukunft verschoben.

Den Festvortrag hielt der ehemalige Generalinspekteur und Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, General a.D. Wolfgang Altenburg zum Thema „Sicherheit in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges im Spannungsfeld neue NATO, EU, OECD“.

Zu der angenehmen Atmosphäre, den anregenden Gesprächen und zum Erfolg der Tagung trugen insbesondere die eingeladenen Diskussionsteilnehmer bei, die eine sehr gute Mischung aus Wissenschaftlern und Zeitzeugen darstellten. Insgesamt zeigte die Tagung, daß die Bearbeitung der Geschichte der Nordatlantischen Allianz als eigenständige Institution im Rahmen der Geschichte der Internationalen Beziehungen erst am Anfang steht und daß sich mit dem freien Zugang zu den Archivbeständen des Internationalen Stabes der NATO und dem militärischen Stab des SACEUR ab April 1999 ein interessantes Forschungsfeld eröffnen wird.

Die Vorträge der Tagung werden durch das Militärgeschichtliche Forschungsamt veröffentlicht.

Kontakt: Major Helmut R. Hammerich, MGFA Potsdam, Zeppelinstr. 127/128, 14471 Potsdam, 0331-9714-529 (Fax: -407), MGFA-Potsdam@t-online.de

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 1999.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.
Heruntergeladen von www.ahf-muenchen.de.